



Hansestadt Lüneburg Die Oberbürgermeisterin

Hansestadt Lüneburg · Postfach 2540 · 21315 Lüneburg

Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg
Telefon 04131 309 - 3111
Telefax 04131 309 - 3112
E-Mail stadt@lueneburg.de
www.hansestadtlueneburg.de

per Email an: poststelle@bk.bund.de

20. März 2023

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

in vielen Städten Deutschlands erleben wir aktuell Proteste der „Letzten Generation“, die das Ziel haben, den Bund zur Intensivierung seiner Klimaschutzmaßnahmen zu bewegen. Auch hier in Lüneburg fanden Aktionen statt. In einem gemeinsamen Gespräch bestand Einigkeit darüber, dass die Existenz der Menschheit aufgrund der Klimakrise bereits jetzt akut gefährdet und die Erderwärmung unbedingt einzugrenzen ist. Ich teile die Einschätzung der „Letzten Generation“ und zahlreicher Wissenschaftler:innen, wonach die bislang eingeleiteten Maßnahmen nicht ausreichend sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Dabei möchte ich betonen, dass ich die Art der Proteste für gefährlich halte und diese als Eingriff in unser Rechtssystem ablehnen muss. Die Beweggründe der „Letzten Generation“ allerdings teile ich vollumfänglich! Wir wissen seit Jahrzehnten, dass es Zeit ist, zu handeln. Das Überschreiten der Klimakippunkte ist mit allen Mitteln zu verhindern. Die Zeit drängt!

Ende 2021 beschloss der Rat der Hansestadt Lüneburg, dass die Stadt bis 2030 klimaneutral werden soll. Dieses Ziel zu erreichen, ist unter den jetzigen Rahmenbedingungen für uns als Kommune schwer. Intensivere Klimaschutzbemühungen des Bundes wären dafür relevant und notwendig:

So ist die Verbrennung von Kraftstoffen im Straßenverkehr EU-weit für einen großen Anteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Der überwiegende Teil hiervon wird durch den motorisierten Individualverkehr ausgestoßen. Anerkannt ist, dass geringere Geschwindigkeiten im Straßenverkehr ein probates Mittel sind, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Die Hansestadt Lüneburg trat daher im Jahre 2021 der Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten“ bei. Diese setzt sich dafür ein, dass Kommunen ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als innerörtliche Höchstgeschwindigkeit dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten. Ein Tempolimit auch auf bundesdeutschen Autobahnen, wie von der „Letzten Generation“ gefordert, ist daher einer von vielen Bausteinen, um die Verringerung von Emissionen zu erreichen und sollte folglich mit Nachdruck verfolgt werden. Von einem solchen Tempolimit würde auch die Hansestadt Lüneburg profitieren, auf deren Stadtgebiet ein – wenn auch kleiner – Teil des überörtlichen Verkehrs der Bundesautobahn 39 verläuft. Die Lage Lüneburgs innerhalb des regionalen und überregionalen Verkehrsnetzes bedingt also einen großen Anteil an Transitverkehren.

Zum Erreichen der Klimaneutralität ist zugleich eine Stärkung des öffentlichen Personenverkehrs vonnöten, um den Bürger:innen echte Alternativen zum Individualverkehr zu bieten.

Neben der Erhöhung der Investitionen in die Infrastruktur kann die Einführung des bundesweiten Nahverkehrstickets hierbei entscheidende Hilfe leisten. Schließlich lässt sich nur im Zusammenspiel auf allen Ebenen die notwendige Verkehrswende umsetzen.

Notwendige Maßnahmen zum besseren Schutz unseres Klimas werden Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft haben. Sie müssen daher von einer großen Mehrheit getragen werden, damit die Umsetzung auch gut gelingen kann. Gleichzeitig vertraue ich auf das Prinzip der Repräsentation. Ich begrüße daher ausdrücklich das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgehaltene Vorhaben, Bürger:innenräte zu gründen. Die Gründung von Bürger:innenräten ist auch ein Auftrag des Rates der Hansestadt Lüneburg an die Verwaltung.

Der von der „Letzten Generation“ geforderte „Gesellschaftsrat“ basiert ebenfalls auf dem Gedanken, dass die Erarbeitung und Umsetzung dringend benötigter Maßnahmen möglichst „aus der Mitte der Gesellschaft“ kommen sollte. Ich halte es für lohnenswert, sich beide Beteiligungsformen im Detail anzusehen und zu prüfen, wie man sie zusammenführen und deren Beratungsergebnisse in die Gesetzgebungsprozesse einfließen lassen kann.

Ich teile die Befürchtung der „Letzten Generation“, dass weniger tiefgreifende Maßnahmen das Risiko eines unumkehrbaren Kollapses wahrscheinlich machen und bitte daher um Ihre Unterstützung. Ich tue dies, weil ich davon überzeugt bin, dass ein „Weiter so“ nicht ausreicht.

Mit freundlichem Gruß



Claudia Kalisch
Oberbürgermeisterin